



23.09.2018 17:47:00 SDA 0143bsd

Schweiz / Bern (sda)

Politik, Bäuererinitiative, Wahl, Stimmwahl, Wirtschaft und Finanzen, Landwirtschaft/Agrar

Initianten rüsten sich nach Doppel-Nein für neue Agrar-Abstimmungen

Die Ja-Komitees der beiden Agrar-Initiativen ziehen trotz des deutlichen und doppelten Neins zu den Ernährungsvorlagen Positives aus den Abstimmungsergebnissen. Vor allem die Voten in der Westschweiz geben ihnen Mut und Motivation, für ihre Anliegen weiterzukämpfen.

"Was in Genf, was in der Waadt, was im Jura, was in Neuenburg möglich ist, das wird irgendwann auch im Kanton Aargau, im Kanton Zürich, Luzern und St. Gallen möglich sein", zeigte sich Grünen-Politiker Balthasar Glätti in einem Video der Agentur Keystone-SDA überzeugt.

Mathias Stalder vom Komitee für Ernährungssouveränität sprach ebenfalls von einem "Achtungserfolg". Das Resultat zeige, dass den Konsumentinnen und Konsumenten Nachhaltigkeit und Qualität von Lebensmitteln wichtig seien.

"Angstkampagne" Grund für Absturz

Die beiden Agrar-Initiativen waren mit einer grossen Zustimmung in den Abstimmungskampf gestartet. Je näher der Abstimmungssonntag kam, desto mehr verloren die Initiativen an Rückhalt in der Bevölkerung. Stalder schob die Gründe dafür auf die "Angstkampagne" der Gegner. Deren Hauptargumente, wonach die Produkte teurer und die Vielfalt kleiner geworden wären, hätten verfangen, seien aber nicht wahr gewesen, sagte er.

Gegen diesen Vorwurf wehrte sich die SVP. Die Partei hatte nach der "überraschend hohen Zustimmung" nach den Sommerferien eine Gegenkampagne gestartet, wie der Schwyzer Nationalrat Marcel Dettling sagte.

Diese Kampagne sei aber keine Angstmacherei gewesen, sondern eine Aufklärung darüber, dass nicht in jedem "Winkel dieser Welt" Kontrollen durchgeführt werden könnten. "Das klare Resultat der Abstimmung beweist, dass wir aufzeigen konnten, dass die Initiative zu grosser Bürokratie und hohen Preisen geführt hätte", lautete sein Fazit.

Anliegen in Verfassung verankert

Auch dass die Bauern nicht geschlossen hinter der Vorlage standen, führt Stalder vom Komitee auf die SVP zurück. Sie habe "als gewichtiger Player" einen grossen Einfluss auf Bäuerinnen und Bauern gehabt. "Ich habe nie verstanden, dass einige Landwirte nicht für mehr Lohn einstehen wollen", sagte er. "Sie schneiden sich ins eigene Fleisch."

Bauernverbandspräsident Markus Ritter erklärte die Ablehnung damit, dass wichtige Anliegen der Agrar-Initiativen bereits im neuen Verfassungsartikel für Ernährungssicherheit verankert seien.

Diesen Artikel hatte die Stimmbevölkerung im September 2017 mit fast 80 Prozent angenommen. Er fordert, dass auch grenzüberschreitende Handelsbeziehungen zur nachhaltigen Entwicklung in der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen und dass mit Lebensmitteln ressourcenschonend umgegangen wird.

"Wir erwarten jetzt, dass dieser Artikel umgesetzt wird", betonte Ritter und schloss sich damit den Forderungen der SP, von Bio Suisse und den Initianten an.

"Rückschritt abgewehrt"

Erfreut über das doppelte Nein ist indes die Schweizer Wirtschaft. Es sei eine Absage an "Abschottung und an eine dirigistische, rückwärtsgewandte Agrarpolitik", urteilte der Dachverband Economiesuisse. Dank dem Ergebnis



würden für die Exportunternehmen Risiken und Rechtsunsicherheit wegfallen.

Die FDP glaubt diesbezüglich, dass sich die Stimmbevölkerung der Bedeutung dieser Vorlagen für die Schweiz als Exportland bewusst gewesen sei und sich mit dem Abstimmungsresultat auch gegen drohende Kündigungen von internationalen Abkommen gestellt habe.

"Das klare Nein bewahrt uns vor noch mehr Isolationismus in der Landwirtschaft", schrieb Handel Schweiz in einer Stellungnahme. So blieben der Schweiz "noch mehr Gängelung, Bevormundung und Abschottung erspart - bis zu den nächsten Abstimmungen".

Bereits befinden sich weitere landwirtschaftliche Vorlagen in der Pipeline, so zum Beispiel das Verbot für den Einsatz von Pestiziden.